

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Jan Mücke, Patrick Döring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/261 –**

### **Sonderprogramm „Kommunale Brückenbauwerke“ auflegen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der im Wesentlichen beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für ein Sonderprogramm „Kommunale Brückenbauwerke“ zu schaffen, ein Sonderprogramm „Kommunale Brückenbauwerke“ aufzulegen und dieses mit den zukünftig für Schienenwegeinvestitionen bereitgestellten Mitteln, die von der Deutsche Bahn AG nicht abgerufen werden, zu finanzieren.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/261 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2006

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Klaus W. Lippold**  
Vorsitzender

**Renate Blank**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Renate Blank

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/261** in seiner 17. Sitzung am 10. Februar 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für ein Sonderprogramm „Kommunale Brückenbauwerke“ zu schaffen, ein Sonderprogramm „Kommunale Brückenbauwerke“ aufzulegen und dieses mit den zukünftig für Schienenwegeinvestitionen bereitgestellten Mitteln, die von der Deutsche Bahn AG nicht abgerufen werden, zu finanzieren.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/261 in seiner 7. Sitzung am 8. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 8. März 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 8. März 2006 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, mit dem Eisenbahnkreuzungsgesetz von 1994 sei die Verantwortung für Eisenbahnbrücken eindeutig auf die Kommunen übergegangen. Sie erinnert an den langen Diskussionsprozess, welcher der Verabschiedung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes vorangegangen sei. Es seien den Kommunen seinerzeit auch Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt worden. Würde man ein Brückenbauprogramm auflegen, sei mit einer großen Zahl von Anträgen für zu sanierende Brücken zu rechnen. Man könne aber in Anbetracht der Haushaltslage keinen neuen Ausgabentatbestand schaffen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, es gebe keine Übersicht über die Zahl der sanierungsbedürftigen Brückenbauwerke. Mit dem in dem Antrag geforderten Programm würde man einen Ausgabentatbestand schaffen, dessen Dimension nicht überschaubar sei. Zudem seien im Bundesbereich eine Vielzahl von Infrastrukturinvestitionen zu tätigen, deren Priorität höher liege als die Projekte, welche Gegenstand des Antrags seien. Die Kommunen müssten selbst wieder finanzielle Handlungsfähigkeit erlangen, was man mit der Reform der Unternehmens- und Gewerbesteuern anstrebe. Der Antrag widerspreche auch dem Anliegen der Föderalismusreform, für klare Kompetenzzuweisungen und Finanzierungszuständigkeiten zu sorgen.

Die **Fraktion der FDP** warf den Koalitionsfraktionen vor, mit ihrer Argumentation zwingen sie Kommunen dazu, Brücken zu sperren. Sie trügen die Baulast, verfügten aber aufgrund von Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung mit Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen, welche nach der Verabschiedung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes getroffen worden seien, nicht über die notwendigen Haushaltsmittel. Zur Gegenfinanzierung habe man Vorschläge gemacht. Durch die Ablehnung des Antrags werde man die Probleme nicht lösen; es sei besser, Probleme an einer Stelle zu lösen, als auf die Zuständigkeit der Kommunen zu verweisen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, die Fraktion der FDP habe Recht, dass man nach Wegen suchen müsse, um betroffene Brückenbauwerke zu sanieren, und dass man dies nicht allein den Kommunen überlassen könne. Insgesamt sei der Antrag aber zu kurz gegriffen. Der Sanierungsstau der Gemeinden sei viel zu groß, als dass man nur ein spezielles Brückenbauprogramm auflegen könne. Man solle stattdessen im Eisenbahnkreuzungsgesetz die Kostenübernahme für kommunale Brückenbauwerke, welche Bahnanlagen betreffen, neu regeln und dadurch die Gemeinden entlasten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie sei der Auffassung, dass der Antrag nicht ausreichend sei und nur ein sehr spezielles Problem anspreche. Bei der Infrastruktur gebe es insgesamt Sanierungsbedarf, und nicht nur bei den Brücken. Es sei aber besser als nichts, wenn wenigstens etwas zugunsten der Brücken unternommen werde, weshalb man dem Antrag zustimmen könne.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/261.

Berlin, den 16. März 2006

**Renate Blank**  
Berichterstatlerin

